

Beratungsergebnis zu Vorlage Nr. 32/002/2014

Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz am 10.03.2014

Zu Punkt 4: Kreisleitstelle - aktuelle Entwicklungen und Projekte
--

Herr Hanheide erläutert die in der Vorlage dargestellten Schwerpunkte des Projekts insbesondere hinsichtlich der angestrebten Verbesserung der personellen und räumlichen Situation. Zur Erarbeitung von Lösungen werde ein interkommunaler Arbeitskreis gebildet bestehend aus den Bürgermeistern der Städte Langenfeld, Mettmann und Heiligenhaus, den Wehrleitern aus den Städten Erkrath, Haan und Ratingen, den Dezernenten der übrigen kreisangehörigen Städte, dem Kreisbrandmeister, Herrn Hanheide und dem Vorsitzenden Herrn Landrat Hendele. Ob und ggf. welche Arbeitsergebnisse noch vor den bevorstehenden Kommunalwahlen zu erzielen seien, vermochte Herr Hanheide nicht zu prognostizieren. Zur Frage des künftigen Standorts der Kreisleitstelle gebe es nach der Entscheidung des Rates der Stadt Mettmann nur noch zwei Alternativen, nämlich entweder einen Neubau oder die Unterbringung in einer der bestehenden großen Feuerwachen.

Einen weiteren Arbeitsschwerpunkt stelle die digitale Alarmierung dar. Diese entspreche dem Wunsch aller Feuerwehren im Kreis Mettmann und ihre Umsetzung sei auch im Hinblick auf die dadurch zu erreichende deutliche Verbesserung der Einsatzkoordination alternativlos.

Frau KA Laßmann nimmt Bezug auf eine Pressemitteilung, wonach die Stadt Hilden bei der Abrechnung der Kosten für die Leitstelle eine hohe Nachzahlung zu leisten habe und möchte wissen, wie diese zustande gekommen sei. Hierzu teilt Herr Jarzombek mit, dass alle Städte umfassende Informationen darüber erhielten, wie sich die Abrechnung zusammensetze. Die Nachzahlung ergebe sich aus den Kosten für die Personalgestellung der Stadt Mettmann, die naturgemäß jährlich differiere.

Auf Nachfrage von Herrn KA Ehlert erläutert Herr Hanheide, dass sich die in der Vorlage angesprochene Kooperation mit der Leitstelle der Stadt Leverkusen lediglich auf den Fall beziehe, dass ein Totalausfall der Leitstelle des Kreises Mettmann entstehe. Die Leitstelle der Stadt Leverkusen sei ebenfalls digitalfunkfähig und arbeite mit dem gleichen Betriebssystem wie die Leitstelle in Mettmann.

Hinsichtlich der Stellenbesetzungen beim Dispositionspersonal sei er durchaus zuversichtlich, da neben den Bewerbungen der Kollegen aus Mettmann auch weitere Bewerbungen vorlägen. Mittelfristig solle die bisherige Personalgestellung durch die Stadt Mettmann abgelöst werden.

Was die stärkere Anbindung der vier selbstständigen Einsatzzentralen im Kreisgebiet an die Kreisleitstelle anbelange, so gebe es eine Aussage aus einer Dienstbesprechung der Feuerwehren, wonach ein Zusammenrücken mit der Kreisleitstelle in Mettmann gewollt sei.

Die Beantwortung der Frage nach den vorliegenden Interessensbekundungen für mögliche Standorte einer neuen Kreisleitstelle wird im Einverständnis mit dem Fragesteller auf den nicht öffentlichen Teil verschoben.

Herr KA Switalski kommt auf die erwähnte Pressemitteilung zurück und bittet um Mitteilung, woher die dort benannte Investitionssumme für die Einrichtung einer neuen Leitstelle i. H. von vier Mio € komme. Hierzu teilt Herr Hanheide mit, dass es sich bei dieser Information nicht um eine offizielle Stellungnahme des Kreises handle.

Aufgrund des thematischen Zusammenhangs beantwortet Herr Hanheide an dieser Stelle die Anfrage der Fraktion DIE LINKE. vom 04.03.2014 wie folgt:

1. *Auf dem Markt sind derzeit unterschiedliche Protokollsysteme (z.B. SNAP, NOAS, AMPDS) verfügbar. Welches dieser standardisierten Abfragesysteme hat der Kreis Mettmann erworben?*

Für die Kreisleitstelle wird aktuell eine öffentliche Ausschreibung für ein standardisiertes Abfragesystem durchgeführt. Da das Vergabeverfahren noch läuft, ist der Anbieter noch nicht bekannt.

2. *Werden künftig mittels des Abfrageprotokolls nur Notrufe mit medizinischen Hintergrund standardisiert abgefragt, oder wie z.B. in Berlin auch die Notrufe mit feuerwehrtechnischem Hintergrund?*

Die aktuelle Ausschreibung umfasst eine standardisierte Abfrage für den Rettungsdienst. Nach erfolgreicher Einführung wird ein Abfragesystem auch für den feuerwehrtechnischen Einsatz geprüft.

3. *Verfügen alle in der Leitstelle beschäftigten Disponenten über eine Ausbildung zum Rettungssanitäter und zum Brandmeister sowie über eine Zusatzausbildung zur Anwendung der standardisierten Notrufabfrage?*

Alle Disponenten verfügen über eine Ausbildung als Rettungsassistent.

Von 25 eingesetzten Disponenten besitzen bereits 24 Mitarbeiter einen Gruppenführerlehrgang B3/BmdF.

Des Weiteren hat bereits der überwiegende Teil der eingesetzten Mitarbeiter einen Leitstellenlehrgang am Institut der Feuerwehr NRW besucht.

- a. *Wenn letzteres nicht der Fall ist, bitten wir um Mitteilung, ob und wann die Disponenten in einem zusätzlichen Kurs auf die Arbeit mit dem standardisiertem Abfragesystem vorbereitet werden?*

In der Leistungsbeschreibung der aktuellen Ausschreibung sind umfangreiche Schulungen für die Anwender gefordert. Ohne vorherige Schulung am neuen Abfragesystem wird das Modul nicht eingesetzt.

4. *Durch wie viele Rettungswagen sowie notarztbesetzte Rettungsmittel wird derzeit im Kreis Mettmann die prähospitalmedizinische Versorgung gewährleistet?*

Es werden derzeit 18 Rettungswagen und 5 Notarzteinsatzfahrzeuge im 24-Stunden-Dienst eingesetzt.

5. *Wie viele eingegangenen Notrufe hat die Kreisleitstelle im Jahr 2012 und 2013 verzeichnet?*

Für die Jahre 2012 und 2013 sind jeweils ca. 120.000 Notrufe zu verzeichnen.

6. *Wie viele der rettungsdienstlichen Einsätze der Jahre 2012 und 2013 stellten sich als oversending heraus?*

Im den Jahren 2012 und 2013 wurden in der Kreisleitstelle jeweils mehr als 400 Einsätze erfasst.

7. *In wie vielen Fällen kam es zur Nachalarmierung des Notarztes nach primärem undersending?*

Diese Daten werden nicht erfasst.

8. *Kam es im Kreis Mettmann aufgrund der Doppelung von Straßennamen zu Verwechslungen in Hinblick auf den Einsatzort?*

Derartige Verwechslungen kommen sehr selten vor. Verwechslungen dieser Art werden jedoch in der Regel kurzfristig korrigiert. Gravierende Folgen aus einer solchen Verwechslung sind bislang nicht zu verzeichnen.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.